PB.Z-01-531-2

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 530 bis 531 einfügen:
Kriegs- und Krisenländer wollen wir beenden, den Abschiebestopp nach Syrien und Afghanistan wieder einsetzen.
Seit 20 Jahren ist Deutschland am Krieg in Afghanistan aktiv beteiligt. Daher haben wir für alle Geflüchteten von dort - vor allem nach dem Abzug der militärischen Truppen - eine besondere Verantwortung. Dabei gilt diese selbstverständlich zu aller erst für all jene, die durch die Zusammenarbeit mit alliierten Truppen im Land sich selbst oder ihre Familien in Gefahr gebracht haben. Abschiebungen nach Afghanistan, solange dort noch Bürgerkrieg herrscht und keine Sicherheit für alle Teile der Bevölkerung gewährleistet sein kann, lehnen wir als unverantwortbar ab. Familienzusammenführung mit den bereits Deutschland befindlichen Geflüchteten hat ebenfalls oberste Priorität und ist ein Gebot der Menschlichkeit.

Begründung

Der bevorstehende Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan erhöht die deutsche Verantwortung für alle, die mit diesen zusammengearbeitet haben. Sie sind in unmittelbarer Lebensgefahr. Daher muss es schnell eine Sonderregelung geben, um deren Schutz sicher zu stellen.

Anders als im Fall Syrien trägt Deutschland (und die Grünen) als aktiv militärisch beteiligte Macht eine besondere Mitschuld an dem 20-jährigen Krieg, welcher das seinerzeit vorliegende UN-Mandat (Beendigung der Terrorbasis von Al Kaida) völlig und unverhältnismäßig überzogen hat und somit auch eine Mitschuld am Scheitern.

weitere Antragsteller*innen

Christopher Graf (KV Goslar); Reinhard Bayer (KV Gießen); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Clara-Sophie Schrader (KV Berlin-Pankow); Simon Lissner (KV Limburg-Weilburg); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Matthias Henneberger (KV Wunsiedel); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Philipp Schmagold (KV Kiel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Ralph Urban (KV Herzogtum Lauenburg); Andreas Müller (KV Essen); Jens (Jan) Erdmann (KV München); Ursula Häffner (KV Karlsruhe-Land); Erich Minderlein (KV Ortenau); Philipp Häusele (KV Augsburg-Stadt); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Raphael Marquart (KV Köln); Kerstin Dehne (KV München); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Lene Greve (KV Hamburg-Altona)